



# KLIMASCHUTZ OHNE NAVI

## Bewertung des Konjunkturpaketes der Bundesregierung 2020

### Übergeordnete Bewertung



### Konjunkturpaket geht im Grundansatz in die richtige Richtung

- » Zukunftspaket stellt Weichen für Transformation von emissionsintensiven Sektoren v.a. Verkehr und Industrie
- » in ca. 25% der eingesetzten Mittel ist Klimaschutz verankert



### Fehlende Systematik und verpasste Chancen

- » keine generelle Ausrichtung an Klimaschutzzielen und fehlende Berücksichtigung des „Do-no-Harm-Prinzips“
- » Anwendung der EU-Taxonomie fehlt
- » mangelnde ökologische Lenkungswirkung bei Steuererleichterungen
- » Schwächung der Wirkung durch den fehlenden Abbau umweltschädlicher Subventionen und ausbleibende Anpassung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung
- » Kohärenz mit dem Bundes-Klimaschutzgesetz fehlt, hätte über die schnelle Einsetzung des Expertenrats für Klimafragen erfolgen können
- » fehlende Verzahnung mit EU-NDC Erhöhung im Rahmen des EU Green Deals

#### FARBLEGENDE

- Verpasste Chance für Transformation
- Schritt in transformative Richtung, aber abhängig von der Umsetzung
- Transformative Konjunkturmaßnahme

### Bewertung

### WWF Forderungen

## Energiewende

#### ● **Ausbau der erneuerbaren Energien**

*Ausbautempo und Flächenplanung bei den Erneuerbaren sind weiterhin unzureichend, um bis 2030 mindestens 65% am Stromverbrauch zu erreichen. Die klimafreundliche Elektrifizierung und angekündigte großvolumige Skalierung der (CO<sub>2</sub>-freien) Elektrolyse sind ohne den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren nicht möglich.*

» Das Ziel, bis 2030 möglichst 75%, mindestens aber 65% des Bruttostromverbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken, muss im EEG verankert werden. Damit die Ziele verlässlich erreicht werden, bedarf es einer Bund-Länder-Strategie zur Ermittlung und naturverträglichen Nutzbarmachung der Flächen- und Ertragspotenziale für Windenergie an Land und PV-Freifläche, die eine vollständig auf Erneuerbaren basierende Stromversorgung in 2050 sicherstellen.

#### ● **Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen sowie Abbau fossiler Subventionen – Absenkung der EEG-Umlage**

*Notwendige Absenkung ist nicht ausreichend, um Haushalte, Gewerbe, Dienstleistungen und Handel merklich zu entlasten und Stromanwendungen zu vergünstigen. Eine umfassende und ökologische, am CO<sub>2</sub>-Gehalt der Brennstoffe orientierte Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiebereich ist weiterhin dringend geboten. Es fehlt weiterhin jeglicher Ansatz, fossile Subventionen systematisch abzubauen. Für die Umlagenbefreiung für P2X-Abwendungen und Batteriespeicher fehlt der Zeitplan.*

» Die Umsetzung eines konkreten und verbindlichen Zeitplans für den schnellstmöglich, konsequenten Abbau der klima- und umweltschädlichen Subventionen (46 Mrd. EUR in 2017) bis 2026 ist geboten. Dies muss durch eine umfassende ökologische, am Energie- und CO<sub>2</sub>-Gehalt (Energie- und CO<sub>2</sub>-Komponente) der Energieträger orientierte Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen begleitet werden.

#### ● **Windenergie an Land – Umsetzung Koalitionseinigung**

*Es fehlt eine Bund-Länder-Strategie zur Ausweisung und naturverträglichen Nutzbarmachung von ausreichend Flächen für die Windenergie. Der Bund-Länder-Koordinationsmechanismus muss sicherstellen, dass die Länder belastbare Pläne für die Realisierung der für 65% EE-Anteil notwendigen Leistungs- und Erzeugungspfade nachweisen.*

» Der Ausbaupfad für Windenergie an Land sollte auf mindestens 2.500 MW (netto) jährlich angehoben werden. Die Länder sollten spezifische Strommen- und Flächenziele für die Windenergie i.H.v. langfristig 2% der bundesdeutschen Landesfläche ausweisen und nutzbar machen. Die Regionalplanebene und Genehmigungspraxis gilt es durch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung zu stärken. Beteiligungsprozesse vor Ort sollten gestärkt und die betreffenden Gemeinden angemessen und regelmäßig an der Wertschöpfung der Anlagennutzung beteiligt werden.

#### ● **Solarenergie**

*Die Streichung des 52-GW Förderdeckels ist längst überfällig. Der notwendige massive Ausbau der Solarenergie in Stadt und auf dem Land erfordert eine Solarpflicht für öffentl. Liegenschaften und Neubauten sowie das Eigenstromprivileg für Mieterstrom. Es gilt so viel (Dach)-Flächen wie möglich nutzbar zu machen und die Ausbildung und Mobilisierung von Arbeitskräften im Handwerk voranzutreiben.*

» Damit die Energiewende in die Städte einzieht und die energetische Dachnutzung mit Photovoltaik und Solarthermie flächendeckend erfolgt, sollte das Eigenstromprivileg auch für Mieterstrom gelten. Dachflächen aller öffentlichen Gebäude und Liegenschaften sowie der Wirtschaftsgebäude müssen für Solarenergie nutzbar gemacht werden. Der PV-Ausbau darf nicht durch Denkmalschutz behindert werden.

#### ● **Wasserstoffstrategie & außenwirtschaftliche Partnerschaften**

*Die Entwicklung einer nationalen Wasserstoffstrategie und der Aufbau von außenwirtschaftlichen Partnerschaften ist ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zur Bereitstellung von klimaneutralen Energieträgern. Die Schwerpunktsetzung auf die Anwendungsbereiche Industrie sowie den Luftverkehr ist ebenfalls zu begrüßen.*

» Als Rückgrat für die grüne Wasserstoffproduktion braucht es einen ambitionierten Erneuerbaren-Ausbau, eine klare Priorisierung der Anwendungsbereiche sowie strikte Nachhaltigkeitskriterien und verlässliche Herkunftsnachweise, sowohl bei der einheimischen Produktion als auch beim Aufbau internationaler Partnerschaften. Dazu müssen die benannten Prüfaufträge schnellstmöglich abgearbeitet, der regulatorische Rahmen angepasst und glaubwürdig mit der Umsetzung begonnen werden.

### Bewertung

### WWF Forderungen

## Industriepolitik

- Degressive Abschreibung**  
*Degressive Abschreibung hat sich als eine effektive Form der Investitionsförderung bewährt. Insbesondere im Bereich Energieeffizienz wird eingeschätzt, dass dadurch zusätzliche Investitionen ermöglicht werden können, jedoch wird das nicht explizit im Paket geregelt.*

» Die Maßnahme sollte möglichst gezielt Maßnahmen in Energieeffizienz und Emissionsminderung fördern.
- Carbon Contracts for Difference**  
*Geplant ist ein Pilotprogramm für die Wasserstoffherstellung per Elektrolyse auf Basis von Carbon Contracts for Difference und die Prüfung einer Nachfragequote für klimafreundlichen Stahl. Ferner enthält das Konjunkturpaket einen Prüfauftrag für CCfDs als Finanzierungsinstrument in anderen Grundstoffindustrien. Das wären erste wichtige Fortschritte bei der Einführung dieses Instruments.*

» Um den Klimaschutz zu beschleunigen und gleichzeitig eine höhere Investitionstätigkeit und damit höhere konjunkturelle Wirkung zu erzielen, sollte diese Maßnahme schnellstmöglich auch auf andere klimaschonende Verfahren und Prozesse der Grundstoffindustrien ausgeweitet werden. Der WWF fordert die Einführung von CCfDs als Instrument für Klimaschutz in der Industrie.
- Quoten für klimafreundliche Materialien**  
*Enthalten ist ein Prüfauftrag für eine Quote für grünen Stahl. Dieses ist zu zögerlich. Quoten für klimaneutrale Grundstoffe Stahl, Zement und Basischemikalien sollten eingeführt werden.*

» Quoten, Normen und Standards für klimaneutrale Materialien müssen eingeführt werden, um die Nachfrage zu stärken. Insbesondere die Öffentliche Hand muss verpflichtet werden, bei öffentlichen Aufträgen klimaneutrale Materialien zu erwerben, auch wenn ihre Kosten höher sein sollten als die Kosten emissionsintensiver Produkte.
- Forschungsförderung**  
*Die Forschungsförderung, insbesondere die F&E-Investitionen in klimafreundliche Stahlproduktion, sind zu begrüßen.*

» Bei der Mittelvergabe sollten Schwerpunkte gesetzt werden. Insbesondere die Entwicklung von neuen treibhausgasfreien Verfahren für die energieintensiven Grundstoffindustrien (neben Stahl auch Grundstoffchemie und Zementproduktion) und für die Kreislaufwirtschaft sollten verstärkt gefördert werden. Über Forschungsförderung hinaus sollte vor allem die Markteinführung neuer Klima- und Ressourcenschutztechnologien vorangetrieben werden.

## Verkehrswende

- Förderung der Elektromobilität und Infrastruktur: Verdoppelung Umweltprämie, Ladeinfrastruktur**  
*Verdopplung der Prämie für batterieelektrische Fahrzeuge ist die richtige Richtung für die Zukunftsfähigkeit der Autoindustrie und den Klimaschutz. Die Förderung für Plug-in Hybride sollte überprüft werden.*

» Die Prämie für Plug-in Hybride sollte nur bei Nachweis hoher elektrischer Fahrleistung ausgezahlt werden. Zur Gegenfinanzierung und besseren Lenkungswirkung der anstehenden Förderprogramme braucht es zum einen Kaufprämien nach einem Bonus-Malus-System und die Abschaffung bestehender Subventionen für den Verbrennungsmotor und fossile Kraftstoffe wie die steuerliche Bevorteilung von Dieselmotoren.
- Kfz-Steuerreform**  
*Eine stärkere Förderung auf der einen Seite mit einem Malus für die Steuerbelastung von Verbrennungsmotoren zu verknüpfen ist der richtige Impuls für den Antriebswechsel, allerdings ist die Lenkungswirkung des vorliegenden Vorschlags durch die geringe Spreizung deutlich zu gering.*

» Für gute Lenkungswirkung sollte eine starke Spreizung der Bonus- und Malus-Komponenten erfolgen. Die Bonus-Malus-Logik sollte mittelfristig auch für Kaufprämien gelten
- Zukunftsinvestitionen Autoindustrie**  
*Die Zulieferindustrie ist strukturell vom Verbrennungsmotor abhängig – um ihre Zukunftsfähigkeit und Diversifizierung zu stärken, sind gezielte Hilfen richtig.*

» In der Umsetzung des Förderprogramms müssen klare Kriterien festgelegt werden, die 1. eine Diversifizierung der Unternehmen auch über den Automobilsektor hinaus, 2. eine Ausrichtung auf Elektromobilitätskomponenten und 3. einen klaren Zielpfad zur THG-Neutralität aufweisen.
- Flottenerneuerung- und Austausch**  
*Flottenerneuerung bei öffentliche und privaten Betreibern sind sinnvoll um den Antriebswechsel bei viel eingesetzten Fahrzeugen gezielt zu forcieren.*

» Mit gezielter Veränderung von Normen und Standards bei Bestellungen der öffentlichen Hand könnte hier ein zusätzlicher Effekt erzielt werden, der im Programm leider fehlt.
- Erhöhung der Mittel für Bahn und ÖPNV**  
*Die Mittelerhöhung für Bahn und ÖPNV ist ein wichtiger erster Schritt. Wichtig wäre, dass nicht nur Einnahmeausfälle der Betreiber angegangen werden, sondern gezielte Investitionen in einen Angebotsverbesserung über die Hilfen zu Einnahmeausfällen hinaus ermöglicht werden.*

» Zur Stärkung des ÖPNV braucht es mehr, als die Einnahmeausfälle aus der Corona-Pandemie zu decken, zu den Bundesmitteln müssen nun Mittel der Länder zur Deckung der Ausfälle kommen. Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel muss einer Angebotsverbesserung zugute kommen.
- Effizientere Flugzeuge**  
*Förderung für effizientere Flugzeuge ist angesichts des öffentlichen Einstiegs bei der Lufthansa ohne Klimaschutzauflagen keine zielführende Konjunkturmaßnahme.*

» Es braucht einen klaren Zielpfad für die auf Klimaneutralität ausgerichtete Transformation des Luftverkehrssektor, der auch den Abbau der umfangreichen Subventionen beinhaltet: eine Energiesteuer auf Kerosin. Darüber hinaus braucht es im EU-ETS eine vollständige Auktionierung der Zertifikate (statt aktuell nur 15%) und eine komplette Anrechnung der stärkeren Klimaschädlichkeit der Luftverkehrsemissionen.

### Bewertung

### WWF Forderungen

## Gebäude

#### ● CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm

*Um die Sanierungsquote und -tiefe auf das für einen bis spätestens 2050 treibhausgasneutralen Gebäudebestand notwendige Maß zu erhöhen, reicht die marginale Aufstockung der bestehenden Förderprogramme bei Weitem nicht aus. Die Bundesregierung verpasst es eine echte Sanierungswelle auszulösen und damit auch zahlreiche neue Jobs zu schaffen. Der Neubau wird sogar gänzlich vernachlässigt.*

» Die Förderprogramme für die energetische Sanierung müssen aufgestockt und an strenge energetische Standards sowie die Verwendung von erneuerbaren Energien geknüpft werden. Im Neubau müssen dringend nahezu klimaneutrale Gebäude zum Standard gemacht werden. Insbesondere bei öffentlichen Gebäuden müssen die Institutionen ihre Vorbildfunktion wahrnehmen. Ergänzend braucht es gezielte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, um den drastischen Fachkräftemangel zu adressieren.

## Sustainable Finance

#### ● Leitprinzip

*Praktisch alle vorgeschlagenen Maßnahmen lassen sich in der formulierten Form nicht auf Basis einer konsistenten und kohärenten Systematik mit Blick auf die Beiträge zum Klimaschutz oder nachhaltiger Entwicklung begründbar konkretisieren. Die tatsächliche Konkretisierung vieler Maßnahmen muss allerdings noch erfolgen; in diesem Zuge muss diese Umsetzungskonkretisierung geleistet werden.*

» Nutzung eindeutiger, wissenschaftsbasierter Systematik zur Festlegung von Maßnahmen, in Koordination mit Kriterien des EU recovery funds (EU Taxonomie, wissenschaftsbasierte Ziele in Verbindung mit dem 1,5 Grad Limit, SDGs). Verankerung des Prinzips der Konditionierung des Zugangs zu Fördermitteln an die konkreten Nachhaltigkeitsleistungen, sowie Schaffung entsprechender struktureller Transparenz.

#### ● Finanzierungsquellen des Konjunkturpakets

*Die vorgelegten Maßnahmen sind in der aktuellen Konkretisierung, bzw. Formulierungen nicht so ausgeführt, dass eine Mobilisierungswirkung für private Mittel deutlich wird oder klar wird, wie sie strukturell erreicht werden kann. Es finden sich praktisch keine Ausführungen zur entsprechenden Berücksichtigung der speziellen Rollen von Kreditvergaben, Direktinvestitionen, Anlagen in spezielle Anlageklassen, etc.. Bspw. bietet der Teil B vielfältige Ansatzpunkte dafür wie die Umsetzung nicht alleinig auf rein öffentliche Mittel abstellen darf, sondern die (vorhandenen) Mittel im Finanzsystem mitmobilisiert.*

» Gestaltung der Maßnahmen so, dass immer die Mobilisierung privatwirtschaftlicher Mittel mitverfolgt wird (ausser in Bereichen, in denen eine rein staatliche Aufgabenzuordnung besteht, z.B. Bildung).

#### ● Rolle der öffentlichen Hand

*Keinerlei Beziehung und Nutzung der Anlagevehikel der öffentlichen Hand (Bund/Länder, etc.) oder Einbeziehung dieser Kapitalsammelstellen in die Fragen der Finanzierungsbereitstellung)*

» Ausrichtung der Anlagevehikel der öffentlichen Hand, der Anlagepolitiken von Bund und Ländern, aber auch anderer Handlungsfelder (soweit national möglich) wie Exportkreditabsicherungen, Exportfinanzierung in Anlehnung klare Kriterien.

#### ● Gewährung von Beihilfen und Förderprogrammen

*Zukunftsgerichtete Transparenz- und Offenlegungsanforderungen für Akteure und Produkte in Finanz- und emissions-/transformationskritischer Realwirtschaft fehlen. In der weiteren Konkretisierung der Aspekte ist diese Frage nachzuziehen.*

» Etablieren von zukunftsgerichteten Datenversorgungssystemen (z.B. Transparenzregister), um Datengrundlagen für die Ausgestaltung passfähiger Mechanismen zu erhalten und dem Finanzsystem robuste und entscheidungsrelevante Daten bereitzustellen.

### FARBLEGENDE

● Verpasste Chance für Transformation

● Schritt in transformative Richtung, aber abhängig von der Umsetzung

● Transformative Konjunkturmaßnahme